

An die
Vollversammlung der LK Tirol
Brixner Straße 1
6020 Innsbruck

Antrag der Bauernbund-Fraktion in der Landwirtschaftskammer Tirol an die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Tirol

Betreff: Ablehnung des EU-Mercosur-Handelsabkommens

Begründung:

Das geplante Mercosur-Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den südamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay wird von der Bauernbund-Fraktion in der Landwirtschaftskammer Tirol entschieden abgelehnt.

Begründung der Ablehnung:

1. Fehlende Umwelt- und Qualitätsstandards:

Das Mercosur-Abkommen würde landwirtschaftliche Produkte auf den europäischen Markt bringen, die unter Umwelt- und Produktionsbedingungen hergestellt werden, die mit den hohen europäischen Standards in keiner Weise vergleichbar sind. Während europäische Bäuerinnen und Bauern umfassenden Vorgaben im Bereich Tierwohl, Pflanzenschutz und Nachhaltigkeit unterliegen, gibt es in den Mercosur-Staaten keine vergleichbaren gesetzlichen Rahmenbedingungen und keine effektiven Kontrollsysteme. Die von der Europäischen Kommission festgestellten Rückstände des Hormons Östradiol 17 β im brasilianischen Rindfleisch, der brasilianische Gammelfleischskandal „Carne Fraca“ oder die weit verbreitete „Rinderwäsche“, die das Abholzen von Regenwald für Fleischerzeugung verschleiern will, zeigen das deutlich. Eine Einfuhr solcher Produkte konterkariert sämtliche Bemühungen um Klimaschutz und nachhaltige Landwirtschaft.

2. Fehlende Wettbewerbsgleichheit:

Durch die Liberalisierung des Handels mit Agrargütern entsteht ein massives Ungleichgewicht im Wettbewerb. Europäische Landwirtinnen und Landwirte sehen sich mit Importwaren konfrontiert, die unter völlig anderen, wesentlich kostengünstigeren Rahmenbedingungen erzeugt wurden. Diese Wettbewerbsverzerrung gefährdet die Existenz vieler Betriebe und steht im Widerspruch zu einer fairen Handelspolitik. 52 Prozent der Wirkstoffe in argentinischen und brasilianischen Pflanzenschutzmitteln sind in der EU verboten.

3. Gravierende Auswirkungen auf die Märkte:

Besonders betroffen wären sensible Produktbereiche wie Rindfleisch und Geflügel. Der zusätzliche Importdruck auf diese Märkte würde zu Preisverfall und Marktverdrängung führen, mit erheblichen Konsequenzen für die heimische Landwirtschaft, insbesondere in benachteiligten Regionen wie Tirol. Derartige Entwicklungen widersprechen dem Ziel einer stabilen, regional verankerten und resilienten Agrarwirtschaft. Die für den Import vorgesehenen Mengen führen zu Preisbewegungen, die weit über ihren Größenanteil hinausgehen.

4. Keine Verhandlungsmasse für andere Wirtschaftszweige:

Die Landwirtschaft darf nicht länger als Tauschobjekt für andere Wirtschaftsinteressen, wie etwa die Automobil- oder Maschinenbaubranche, dienen. Die Tiroler Landwirtschaft darf nicht die Zeche für eine verfehlte deutsche Industriepolitik eines grünen Wirtschaftsministers oder die US-Zoll-Eskapaden zahlen. Die heimische Lebensmittelproduktion ist keine Verhandlungsmasse, sondern ein Grundpfeiler der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Stabilität im ländlichen Raum in ganz Europa.

5. Sicherung der Lebensmittelversorgung als wesentlicher Bestandteil der Landesverteidigung:

Eine verlässliche und krisensichere Lebensmittelversorgung muss im eigenen Einflussbereich gewährleistet bleiben. Die Corona-Pandemie und geopolitische Krisen haben deutlich gezeigt, wie verletzlich globale Lieferketten sind. Eine Abhängigkeit von Importen gefährdet die Ernährungssicherheit der Bevölkerung und untergräbt die regionale Eigenversorgung.

Daher stellt die Bauernbund-Fraktion folgenden Antrag:

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Tirol möge beschließen:

1. Das EU-Mercosur-Handelsabkommen in der derzeit geplanten Form abzulehnen.
2. Die Tiroler Landesregierung sowie die Bundesregierung aufzufordern, sich auf nationaler und europäischer Ebene mit aller Deutlichkeit gegen das Abkommen auszusprechen.
3. Öffentlichkeitswirksam auf die Gefahren des Abkommens für die heimische Landwirtschaft und Ernährungssouveränität hinzuweisen.

Für die Bauernbund-Fraktion

NR Josef Hechenberger, Präsident

Innsbruck, 2. Mai 2025